

Gesetzliche Rente: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall



Sozialpolitik | Vorstand

Die IG Metall fordert...	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
die Wiedereinführung des Regelrenteneintrittsalters mit 65.	Schrittweise Einführung der Rente mit 67 bis 2029.	Aussetzung der Rente mit 67, wenn weniger als 50 % der 60- bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.	Die FDP lehnt eine Rücknahme der vergangenen Rentenreformen ab.	Die Rente erst ab 67 muss abgeschafft werden - ohne Wenn und Aber.	Im Sinne der Generationengerechtigkeit bleibt der langsame Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre notwendig.
die Stabilisierung des Rentenniveaus und seine schrittweise Anhebung.	Das Rentenniveau müsse sinken, ansonsten Kosten- und Beitragsexplosion.	Wie sich das Rentenniveau in der Zukunft entwickeln soll, bleibt unklar.	Die Reformen der Vergangenheit, die auf die Senkung des Rentenniveaus zielten, sind in Ordnung.	Das Rentenniveau muss auf 53 % angehoben werden. Hierfür müssten die Kürzungsfaktoren gestrichen werden.	Die Grünen wollen verhindern, dass das Rentenniveau deutlich unter das heutige Niveau sinkt.
den erleichterten Zugang und die Streichung der Abschläge bei Erwerbsminderung.	Besserstellung von Beziehern von Erwerbsminderungsrenten durch spürbare Erhöhung der Rentenansprüche.	Alle Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten sollen wegfallen, zusätzliche Erhöhungen durch mehr Zurechnungszeiten und bessere Bewertung.	Das FDP-Konzept sieht keine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente vor.	Alle Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten sollen wegfallen.	Zur Bemessung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrentern Senkung der Altersgrenze wieder auf 63 Jahre. Keine Abschläge, wenn Erwerbsminderungsrente allein wegen medizinischer Diagnose.
die Neuregelung der Altersteilzeit.	Es zeichnet sich keine gesonderte Neuregelung der Altersteilzeit ab.	Teilrente oder vergleichbare Regelung.	Keine gesonderte Regelung der Altersteilzeit.	Im aktuellen Rentenkonzept nicht erwähnt. In Debatten Zustimmung einer Neuregelung und Erleichterung der Altersteilzeit.	Teilrente ab 60 mit Abschlägen.
einen abschlagsfreien Ausstieg nach 40 Versicherungsjahren ab dem 60. Lebensjahr.	Dieser Ausstieg wird in der Union nicht befürwortet.	Ein solcher Ausstieg ist nicht vorgesehen.	Versicherungsjahre nicht ausschlaggebend, ab 60 Rente mit Abschlägen möglich, dies wären 25,2%.	Abschlagsfreier Zugang nach 40 Beitragsjahren, inkl. gleichgestellter Zeiten, ab dem 60. Lebensjahr.	Ausstieg mit 60 sollte ermöglicht werden, aber mit Abschlägen. Bei Rente mit 67 sind dies 25,2%.
einen abschlagsfreien Ausstieg nach 45 Versicherungsjahren.	Dieser Ausstieg wird in der Union nicht befürwortet.	Abschlagsfreie Ausstiegsmöglichkeit nach 45 Jahren, aber erst ab 63.	Versicherungsjahre nicht ausschlaggebend, ab 60 Rente mit Abschlägen grundsätzlich möglich, dies wären 25,2%.	Abschlagsfreier Zugang nach 40 Beitragsjahren, inkl. gleichgestellter Zeiten, erst ab dem 60. Lebensjahr.	Diese Ausstiegsoption wird nicht genannt.
Einführung einer Erwerbstätigenversicherung.	Eine solche Versicherung sei nur die Verlagerung der Kosten in die Zukunft.	Erster Schritt: Einbeziehung von Selbstständigen.	Eine Einheitsversicherung, z.B. durch die Einbeziehung berufsständischer Versorgungswerke, lehnt die FDP ab.	Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung einzahlen.	Schrittweise Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente zu einer BürgerInnenversicherung.
eine schrittweise Beitragssatzanhebung auf 22 % und ggf. weitere Erhöhungen nach 2030.	Ziel ist Beitragssenkung zur Entlastung der Beitragszahler.	Erhöhung auf 22 %, keine Angabe nach 2030.	Die bisherigen Senkungen des Rentenversicherungsbeitrages werden von der FDP befürwortet.	Anhebung entsprechend der Erforderlichkeit.	Beitragssatz stabilisieren.
eine armutsfeste Rente durch die Wiedereinführung der Rente nach Mindesteinkommen und die Beitragsabführung für ALG II-Empfänger.	Aufstockung bis zu 850 € brutto nach 40 Jahren Versicherung und privater Vorsorge, Berücksichtigung von Pflegezeiten, »Mütterrente«.	Aufwertung von Niedriglöhnen und eine Solidarrente von 850 € ab 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren.	Lockerung der Zuverdienstmöglichkeiten im Alter und geringere Anrechnung privater Vorsorge, statt Verbesserung der gesetzlichen Rente.	Mindestrente in Höhe von 1.050 € netto innerhalb dieser Legislaturperiode, Beiträge für Arbeitslose und Verlängerung der Rente nach Mindesteinkommen.	Geringere Anrechnung von privater und betrieblicher Altersrente auf die Grundsicherung im Alter.

Zustimmung
 Zum Teil Zustimmung
 Ablehnung
 Unklar

Quellen: CDU/CSU-Regierungsprogramm 2013-2017, Positionen/Beschlüsse; SPD-Regierungsprogramm 2013-2017, Positionen/Beschlüsse; Bündnis 90/Die Grünen Bundestagswahlprogramm, 2013, Positionen/Beschlüsse; FDP Bürgerprogramm (Wahlprogramm) 2013 (vorläufige Fassung), Positionen/Beschlüsse; Die Linke Wahlprogramm 2013, Positionen/Beschlüsse

Generelle Anmerkungen zur Tabelle

Die Tabelle stellt die Forderungen der IG Metall den programmatischen Positionen der Parteien gegenüber. Sie kann horizontal, in der Zeile gelesen werden, um festzustellen, bei welchen Fragestellungen es mehrheitlich Übereinstimmung zwischen IG Metall und den Parteien gibt und einen ersten Anhaltspunkt zu gewinnen, für welche Forderungen Anknüpfungspunkte existieren.

Die Tabelle kann auch vertikal, in der Spalte gelesen werden, um zu sehen, welche Partei die größte programmatische Übereinstimmung bietet. Insoweit stellt

sie einen Diskussionsanreiz mit Blick auf die Wahl dar. Sie enthebt die jeweilige Betrachterin bzw. den jeweiligen Betrachter jedoch nicht, eine eigenständige Wahlentscheidung zu treffen. Denn die Tabelle sagt nichts darüber aus, welche Wertigkeit dem Politikfeld generell beizumessen ist. Auch enthält die Tabelle keine Aussage über die Gewichtung der einzelnen Forderungen untereinander. Schlussendlich: Beurteilt werden die programmatischen Aussagen. Ob und in welchem Umfang die Parteien ihre Programmatik tatsächlich umsetzen, wenn sie in Regierungsverantwortung gelangen, ist ungewiss.

Anmerkungen zu Parteipositionen und deren Bewertung

Die Union versieht ihr gesamtes Wahlprogramm mit einem Finanzierungsvorbehalt (keine Steuererhöhungen, keine zusätzlichen Schulden), insoweit ist unklar, inwieweit die Union ihre eigene Programmatik für umsetzbar hält. Dies ist bei der Bewertung nicht berücksichtigt.

Die SPD-Programmatik bleibt hinsichtlich des Rentenniveaus (Verhältnis Durchschnittslohn zu Eckrente) unklar. Die SPD spricht vom „Niveau der Leistungen“ der gesetzlichen Rentenversicherung, die erhalten werden sollen. Ob damit das Rentenniveau gemeint ist, und wenn ja, wie ohne Änderungen der Rentenformel das

Rentenniveau stabilisiert werden kann, wird nicht gesagt.

Bei der LINKEN bleibt offen, welche Beiträge sich in welchem Umfang auf die Rentenhöhe auswirken und wie die Erwerbstätigenversicherung ausgestaltet werden soll.

Die Grünen wollen verhindern, dass das Rentenniveau deutlich sinkt, ohne darzulegen, was unter dem Begriff „deutlich“ zu verstehen ist und welche Maßnahmen zur Realisierung des Ziels ergriffen werden sollen.